

Die nationale Wende kommt



lic. iur.
Christoph
Spiess,
e. Gemeinderat,
Co-Zentral-
präsident,
Zürich

Seit Jahrzehnten werkelt eine international verklumpte «Elite» von Managern und Politikern an der Errichtung eines europäischen Grossreiches. Dieses soll dann – natürlich unter ihrer Führung – mit Amerika und China um die Weltherrschaft wetteifern. Damit das gelingt, zerstört man unter anderem mittels Masseneinwanderung systematisch die Identität und das Selbstbewusstsein der Völker Europas. Doch inzwischen wächst überall der Widerstand gegen dieses Projekt aus Habgier, Machtstreben und Grössenwahn.

Nach Ungarn, Polen, Tschechien und der Slowakei haben nun auch Österreich und neuerdings Italien national gesinnte Regierungen, und Angela Merkel wankt, endlich. Auf dem ganzen Kontinent erschallt immer lauter der Ruf:

Schluss mit ausländischer Einmischung und EU-Fremdbestimmung!

Und natürlich auch: Stoppt endlich die afro-asiatische Invasion, schützt das christliche und weisse Europa und die Selbstbestimmung seiner Völker! Doch so schnell geben sich die herrschende Kaste und ihre globalen Hochfinanz-Hintermänner nicht geschlagen. Ihre Hofschreiberlinge giessen in den gleichgeschalteten Mainstream-Medien Spott und Häme über die aufstrebenden Kräfte der nationalen Freiheit. **Sie titulieren sie unentwegt als «Populisten» – als ob es in einer Demokratie schlecht wäre, die Probleme anzupacken, die den Bürgern unter den Nägeln brennen!** Wenn das nicht reicht, werden die Nationalen auch als «Rechtsextremisten» beschimpft oder man verdächtigt (ausgerechnet!) sie, keine «demokratischen Parteien» zu sein. **Demokrat kann man anscheinend nur sein, wenn man den Mächten des Geldes gehorcht...** Und natürlich heisst es auch immer wieder, die Nationalen hätten kein regierungsfähiges Personal und zudem kein klares politisches Konzept! Doch das lässt uns kalt. **Genügend tatkräftiges «Regierungspersonal» findet sich, wie etwa Polen und Ungarn beweisen, nach der nationalen Wende ohne weiteres.** Und was politisch zu tun ist, das wissen wir sehr wohl. An erster Stelle steht die

umfassende Wiederherstellung der Unabhängigkeit

und Souveränität des Landes. Dazu gehört der Verzicht auf die Mitgliedschaft in multinationalen Organisationen. Ausserdem muss das Dickicht von staatsvertraglichen Verpflichtungen, in das wir uns immer mehr verstrickt haben, ge-



Die EU-Kommission und -Kommissare bilden den massgeblichen Teil einer machthungrigen und egoistischen Elite, welche ein europäisches Grossreich zulasten der Nationalstaaten errichten will.

Der «Schweizer Demokrat» – dank Ihnen!

Wir möchten es nicht unterlassen, Ihnen wieder einmal für die langjährige Unterstützung zu danken. Dabei ermöglichen Sie unter anderem die regelmässige Herausgabe des «Schweizer Demokraten». Diese ist aber stark gefährdet, zumal unsere finanziellen Mittel jeweils nur knapp ausreichen. Sollte sich die Situation nicht bald ändern, müssten wir beispielsweise die jährliche Anzahl der Ausgaben massiv reduzieren. Zusammen mit Ihnen wollen wir jedoch solche Massnahmen verhindern und weiterhin im Sinne unserer Sache aktiv sein. Gemeinsam – dank Ihnen – sind wir stark!

Ihre SD-Parteileitung

rodet werden. **Die Politiker müssen sich dem Willen des Volkes unterordnen.**

Deshalb sollen bei allen wichtigen Entscheidungen die Stimmberechtigten das letzte Wort haben, nicht das erfahrungsgemäss von Verbands- und Finanzvertretern beherrschte Parlament.

Wichtig ist auch die vollständige Durchsetzung der Gewaltentrennung. Das Bundesgericht hat Verfassung und Gesetz ohne «Wenn und Aber» zu befolgen und nicht dem Volk vorzuschreiben, was es beschliessen darf. So kann auch dafür gesorgt werden, dass sich die Politik wieder

Fortsetzung Seite 2

Die diesjährige 1.-August-Feier findet im Restaurant Sonne in Amden im Kanton St. Gallen statt. Wir freuen uns, auch Sie begrüssen zu dürfen (sämtliche Informationen auf Seite 5).

Die nationale Wende kommt

Fortsetzung von Seite 1

an den Bedürfnissen des einheimischen Normalbürgers orientiert

und nicht an dreisten Forderungen von Zuwanderern und allen möglichen Randgruppen. Dazu gehört, **dass das allgegenwärtige Gejammer über angebliche «Diskriminierungen» ein Ende findet.** Wir wollen überhaupt dafür sorgen, dass die Interessen von Einzelpersonen nicht mehr stärker gewichtet werden als diejenigen der Volksgemeinschaft. Damit eine Gesellschaft funktioniert, muss sie ein Mindestmass an Homogenität aufweisen und durchsetzen. Im Vordergrund steht dabei die Notwendigkeit,

das Land vor der schleichenden «Volksauswechslung» zu schützen!

Vollständig zu stoppen ist insbesondere der Zustrom nicht assimilierbarer Bevölkerungsteile aus fremden Kontinenten. Bedroht ist indessen nicht nur die ethnisch-kulturelle Identität der Schweiz, **sondern auch ihre wirtschaftliche Selbstbestimmung.**

Es darf nicht länger vorkommen, dass wichtige Unternehmen von ausländischen «Investoren» übernommen werden.

Und natürlich ist dafür zu sorgen, dass die hiesigen Medien nicht



Zu einem stabilen Nationalstaat gehört auch eine starke Armee. Die SD befürworten eine Aufstockung des Gesamtbestandes!

mehr von Kräften beherrscht werden, welche die Schweiz am liebsten abschaffen wollen, auf jeden Fall aber ihre Unterordnung unter fremde Mächte anstreben. Ein weiterer zentraler Punkt eines nationalen Regierungsprogramms ist

die immerwährende Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen

des Schweizervolkes, womit nicht Grossbanken oder die krass überdimensionierte Bauwirtschaft gemeint sind, sondern vor allem der landwirtschaftlich nutzbare Boden als Ernährungsbasis und eine intakte Natur und Landschaft, in der man sich zuhause fühlen kann.

Das Bildungswesen sollte endlich auf die Bedürfnisse der Volkswirt-**schaft statt auf brotlose Selbstverwirklichung ausgerichtet werden.**

Entgegen der Auffassung der gegenwärtig noch herrschenden «Elite» bilden wir nicht zu wenige, sondern zu viele Akademiker aus – und dann erst noch die falschen, nämlich Heerscharen von Publizisten, Historikern, Psychologen, Soziologen und allerlei anderen -logen und -gogen statt genügend Ärzte, Ingenieure und Spitzeninformatiker. **Eine gymnasiale Maturitätsquote von 7–10% (statt wie heute 20%) reicht vollauf. Nur auf diese Weise stehen genügend leistungsfähige junge Menschen zur Ausbildung als Fachangestellte und -arbeiter bereit.** In der Schweiz werden die national denkenden Bürger heute leider von

politischen Kräften, die gezielt auf den Abbruch des Sozialstaates hinarbeiten, in die Irre geführt. Auch das muss aufhören, **denn nationale Solidarität kann nur gedeihen, wenn auch die soziale Sicherheit aller Volksangehörigen gewährleistet ist.**

Selbstverständlich braucht es für den zunehmend wahrscheinlicher werdenden Fall einer äusseren Bedrohung keinen pamelinschen «Bonsai-Spar-Fasnachtsclub», sondern eine mannschaftsstarke und hochmodern gerüstete Armee mit einem Budget in der Gröszenordnung von 2% des Bruttoinlandsproduktes (BIP).

Nur so ist auch für die militärische Sicherheit des Landes jederzeit gesorgt.

Sind das alles bloss Wunschträume?

Nein, keineswegs, denn das nationale Denken und Fühlen liegt seit Urzeiten in der Natur des Menschen. Multikulturalismus und Globalismus hingegen sind Irrlehren aus der Werkstatt milliarden-schwerer Manipulatoren, die sich an Weltwirtschaftsforen, Bilderberger-Konferenzen usw. treffen und von dort aus ihr Machtspiel betreiben. **Wir Nationalen von ganz Europa sind erst am Anfang des Weges, aber wenn wir wirklich wollen und dafür kämpfen, wird niemand die nationale Wende aufhalten können.**

Eine Wahrheitskommission für die Schweiz?

Wir brauchen keine Wahrheitskommission zur Bewältigung der Vergangenheit, wohl aber für die Erarbeitung tauglicher Lösungen im innenpolitischen, aussenpolitischen, ökosozialen und wirtschaftspolitischen Bereich. Versagen die Behörden und die politischen Parteien? Eigentlich hat der Schweizer ein ungebrochenes Vertrauensverhältnis zu den obersten Behörden, insbesondere dem Bundesrat, den Regierungsräten und seinen Intellektuellen sowie den Journalisten, Richtern, Wirtschaftsführern usw. **Allerdings ist dieses Vertrauen in den letzten Jahren etwas brüchig geworden.** Die Gründe liegen in den wiederholten leeren Versprechungen und Drohungen vor Volksabstimmungen zu Sachfragen wie – Gesundheits- und Bildungspolitik; – dem EU-Beitritt (unter anderem 1992);

- Migrationspolitik (seit den 60er- und 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts);
- der Bewahrung der politischen Unabhängigkeit (das Einknicken vor den US-Drohungen im Allgemeinen und den finanzpolitischen Erpressungen);
- der Aufweichung der Neutralitätspolitik mit dem Armeeabbau und der Beteiligung an Übungen der NATO-Truppen respektive an Stabsübungen im Rahmen der «Partnership for Peace» (PfP);
- der Landwirtschaftspolitik (mit dem Aushungern der Klein- und Mittelbetriebe seit ca. 1994).

Diese Drohungen haben sich dann jeweils als leeres Geschwätz erwiesen. **Und die Wahlbehörden respektive die Bundesversammlung schluckten dies praktisch ohne Widerstand.** Noch schlimmer, in jüngster Zeit wird sogar kaltblütig gelogen, wenn es darum geht, ein

Ziel gegen den dokumentierten Willen des Schweizer Volkes zu erreichen. **Eine speziell üble Rolle spielte in dieser Beziehung der ehemalige Bundesrat Didier Burkhalter, der in skandalträchtiger Art die Annäherung an die EU gegen den Mehrheitswillen des Volkes vorantrieb.**

Wenn Volksabstimmungen mit offensichtlich unwahren Behauptungen manipuliert und gewonnen werden, geht das Vertrauen in die Landesregierung endgültig verloren.

Es entsteht ein höchst bedenklicher Zustand, der sich bei der Lösung echter Notlagen verheerend auswirkt. Die meisten politischen Parteien und ihre Repräsentanten haben (mit Ausnahmen) in Bezug auf ihre Glaubwürdigkeit seit jeher einen geringen Kredit in der allgemeinen Volksmeinung. **Allzu oft**

bauen sie auf die Vergesslichkeit des Stimmbürgers – machen vor den Wahlen Aussagen, an die sie sich danach nicht mehr erinnern lassen wollen respektive die nicht eingehalten werden können.

Ökosoziale Probleme und Wachstumswahn

Im Verbund mit den Massenmedien werden die ökosozialen Problembereiche je nach momentaner Opportunität hochgespielt oder wieder dem Dunkel des Vergessens überantwortet. **Dass damit in der Demokratie keine langfristig richtigen Entscheide möglich sind, liegt auf der Hand.** Als Beispiel möge die Energiepolitik gelten. In den 60er- und 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts wurden die warnenden Stimmen (das enorme Gefahrenpotenzial der aktuellen Atomtechnologie betreffend) un-

Fortsetzung Seite 3

terdrückt, ja lächerlich gemacht. «Wachstum», «freier Handel» und «Globalisierung» sind dogmatisierte Glaubenssätze unserer Wirtschaftsführer und vieler Politiker. Unreflektiert wird nachgebetet:

- Wir haben Arbeitslose, also brauchen wir mehr Wachstum;
- Es gibt Armut, also brauchen wir mehr Wachstum;
- Ohne Wachstum geht es nicht!

Aber vor den letzten Jahrzehnten gab es in der menschlichen Geschichte niemals ein globales Wachstum in vergleichbarer Grösse. **Und gleichzeitig sind in denselben Jahrzehnten die Armut, die Zerstörung der Natur sowie der sozialen Netzwerke gewachsen wie nie zuvor.** Der bekannte Prof. Manfred Max-Neef sagt mit brutaler Offenheit:

- Man muss sich auf die Kollabierung vorbereiten. Zu diesem Zweck muss man das Kleine, das Lokale stimulieren. **Kleinere Märkte, lokale Märkte, mittlere und kleine Unternehmen sind zu stärken.**
- Leider wird genau das Gegenteil im Namen der grösseren Effizienz und zur Stützung der Kurse börsenkotierter Unternehmen gemacht.

- Daher sollte man sich gut merken:
- Dauerwachstum ist eine Irrlehre! **Exponentielles Wachstum endet zwangsläufig in einem Zusammenbruch.** Die Unendlichkeit des Wachstums verträgt sich nun einmal nicht mit der Endlichkeit unserer Welt.
 - Freier Handel ist ein Irrsinn und dient lediglich den privaten Mächten zur Eroberung grosser Vermögen.

Wohin der «freie Handel» führt, zeigt im Übrigen exemplarisch das Schicksal der schweizerischen, europäischen sowie neuerdings auch US-amerikanischen Textilindustrie. Und nebenbei wird auch die eigene Landwirtschaft zu Tode geschrumpft. Das aber ist die reine Selbstmord-Politik. Welches Tier würde nicht zuerst an seine Nahrung denken? Aber die Lebensgrundlagen interessieren in unserer Gesellschaft offenbar nur noch am Rande.

Um die Arbeitsplatzverluste aus dem «freien Handel» auszugleichen, werden die Menschen immer mehr zum Konsumismus erzogen.

Damit aber wird der Verschleiss unersetzlicher Rohstoffe forciert und die Umwelt immer stärker mit lebensfeindlichen Giftstoffen belastet. Die Folgen sind unübersehbar. Folgende Tatsachen müssen zur Ablehnung der globalisierten Machtstrukturen führen:

- Eine menschengerechte, soziale Struktur ist nur im überschaubaren Rahmen des Kleinstaates oder der eigenen Region und Kultur möglich.
- Ökologische Probleme sind nur im schrittweisen Vorgehen in einer Solidargemeinschaft lösbar.
- die Konzentration der Macht (Grossstaaten, multinationale Unternehmungen, Hochfinanz) stellt eine tödliche Gefahr für den Einzelmenschen, seine Freiheit und Integrität dar.

Propagandaschlacht in der Geopolitik

Wer die Meldungen in den Massenmedien über geopolitische Themen aufmerksam verfolgt, dem fällt rasch auf, dass gewaltig gelogen wird. **Wer erinnert sich nicht mehr, wie der Krieg gegen den Irak (Saddam Hussein!) mit Lügen vor dem Sicherheitsrat begründet wurde.** Colin Powell, der frühere amerikanische General, schämt sich bis heute öffentlich für seine damaligen Lügen!

Unbestritten ist heute auch, dass die Bombardierung Serbiens einzig der Sicherung des amerikanischen Waffenplatzes (Camp Steel!) im Kosovo zu dienen hatte; die Beweggründe für diesen Krieg waren keineswegs humanitärer Art.

Die entsetzliche Schlächtereier im arabischen Raum wurde ganz offensichtlich von denselben interessierten Mächten (Öl- und Erdgas-Besitz; Manipulierbarkeit der herrschenden Kasten!) vorbereitet. Die Liste liesse sich verlängern; es mögen Stichworte wie «Georgien», «Ukraine» oder «Syrien» genügen, um daran zu erinnern, dass auch in der Gegenwart die Kriege nicht schicksalhaft vom Himmel fallen, sondern von den interessierten Kreisen herbeiorganisiert werden.

Es ist schlimm, dass die Massenmedien praktisch stets die wiederholten Lügen der Mächtigen verbreiten, bis nur noch wenige Personen die wahren Zusammenhänge sehen können.



Die neutrale Rolle der Schweiz ist seit langem nicht mehr gewährleistet. Man beteiligte sich unter anderem an Übungen der «Partnership for peace» (PfP) der NATO (Bild: NATO-Hauptquartier in Brüssel).

Was könnte eine Wahrheitskommission tun?

Eine Gruppe von beispielsweise 24 Persönlichkeiten müsste das Geschehen international respektive national akribisch verfolgen und analysieren sowie realitätsgetreue Informationen über alle geeigneten Medien verbreiten. **Diese Leute müssten mit den Rechtsmitteln ausgestattet werden, damit sie offensichtliche Lügner und Wahrheitsverdreher als solche demaskieren könnten, ohne Gegenreaktionen befürchten zu müssen.** Es versteht sich von selbst, dass eine solche Kommission mit einem angemessenen Budget ausgestattet sein müsste, um Spezialisten zur Stellungnahmen einzuladen und eigene Nachforschungen anzustellen.

len. Auch sollte diese Gruppe über ein Sekretariat verfügen.

Allein die Existenz einer solchen – der Wahrheit verpflichteten – Kommission müsste schon innen- und aussenpolitisch eine heilsame Wirkung entfalten.

Ich möchte die Politiker sehen, die über die Stellungnahme einer solchen Kommission einfach hinweggehen könnten. Es scheint mir deshalb mehr als gerechtfertigt, den Gedanken in die politische Agenda aufzunehmen und an deren Realisierung zu arbeiten.

Valentin Oehen,
e. Nationalrat, Nottwil

Selbstbestimmung – auch in Zukunft

Die Entmündigung des Schweizer Bürgers schreitet auf verschiedenen Ebenen voran. Seit 1973 galt am Schweizer Bundesgericht die Schubert-Praxis, welche regelt, dass, wenn ein neueres Bundesgesetz einem Staatsvertrag widerspricht, das Bundesgesetz Vorrang hat. In einem umstrittenen Urteil des Bundesgerichts vom November 2014 wurde die Schubert-Praxis umgestossen.

Das Gericht hielt fest, bei einer einseitigen Umsetzung der Masseneinwanderungs-initiative habe das Freizügigkeitsabkommen mit der EU Vorrang. Das Urteil sorgte für kontroverse Reaktionen, wurde

dann jedoch ohne grosse öffentliche Debatte hingenommen. **Mit der Selbstbestimmungsinitiative haben wir die Chance, dieser gefährlichen Entwicklung entgegenzuwirken.**

Die Selbstbestimmungsinitiative hält fest, dass die Bundesverfassung oberste Rechtsquelle ist und, im Falle eines Widerspruchs mit internationalen Verträgen, das nationale, demokratisch legitimierte Recht vorgeht. Dies sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

Alex Schneider, Küttigen

Der zur Debatte stehende Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» ist untauglich. Islamische Verschleierung verstösst ausnahmslos immer gegen die Gleichstellung der Geschlechter!

Kein Freihandelsvertrag mit südamerikanischen Staaten

Bundesrat Johann Schneider-Ammann will in seiner Weiterentwicklung der Agrarpolitik 2022 den Freihandel stärken. Die Wirtschaft brauche mehr Zugang zu internationalen Märkten. Er sieht darin ein grosses Potenzial für die exportierenden Unternehmungen. Schneider-Ammann möchte nun einen Freihandelsvertrag mit Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay, den sogenannten Mercosur-Staaten, abschliessen. Diese Länder haben insgesamt 260 Millionen Einwohner. Er erhofft sich damit ein Exportwachstum für Uhren, elektronische Maschinen, Käse und die Pharmaindustrie. **Diese Staaten dürften uns dafür vermehrt mit Agrarprodukten wie Rind-, Pferde- und Pouletfleisch sowie Zucker und Wein beliefern. Am wichtigsten ist der Handel mit Rindfleisch zu Billigpreisen.**

Tiefere Zölle und niedrigere Gebühren erhöhen die Gewinne der Importeure, sodass alle Import-Agrarprodukte billiger werden als die einheimischen Angebote, und diese daher stark konkurrieren. Für die Schweizer Bauern wäre die Senkung dieser Importzölle eine Katastrophe!

Da im Hochpreisland Schweiz für die hiesigen Landwirte höhere Unkosten entstehen, sind alle Produkte, insbesondere Fleisch, teurer. Demnach werden viele Konsumenten das günstigere Fleisch, besonders die Filets aus Argentinien, bevorzugen.

Bauernsterben beschleunigt sich

Bereits jetzt geben jährlich 9'000 Schweizer Bauern ihre Betriebe auf, weil sie nicht davon leben können. Diese Zahl wird sich, falls man das Freihandelsabkommen abschliesst, in den nächsten Jahren noch stark erhöhen. Für den Präsidenten des Bauernverbandes, CVP-Nationalrat Markus Ritter, ist das Abkommen unzumutbar. Er weigerte sich, an der 6-tägigen Reise nach Südamerika mit Bundesrat Schneider-Ammann und seiner 50-köpfigen Expertenkommission Ende April teilzunehmen. Sehr störend findet er, **dass der Grenzschutzabbau im Agrarbereich die Preisdifferenz zwischen dem In- und Ausland um 30–50% reduzieren soll, was sehr negative Konsequenzen für die Landwirt-**



Die zusätzlichen südamerikanischen Importe würden zahlreiche Schweizer Bauern aus dem Markt drängen.

schaft hätte. Das Resultat der Volksabstimmung vom 24. September 2017 über den Bundesbeschluss zur Ernährungssicherheit, welcher vom Stimmvolk mit 78,7% angenommen wurde, müsste man bei allen Freihandelsverträgen berücksichtigen. Für ein allfälliges Abkommen sollen die Verantwortlichen im Interesse unserer Bauern Zugeständnisse machen. Sie dürfen nicht einer rücksichtslosen Wirtschaftspolitik geopfert werden!

Wenn die Bauernbetriebe verschwinden, sind wir vollumfänglich von Importen abhängig und damit jederzeit erpressbar.

Tierschutz hat kaum Bedeutung

Die südamerikanischen Länder kennen nur einen rudimentären Tierschutz! Rinder und Pferde werden in Argentinien und Uruguay mit wachstumsfördernden Hormonen und Antibiotika behandelt, **in engen Transportfahrzeugen tagelang bei brütender Hitze zu den Schlachthöfen gefahren, und letztlich von rauen Arbeitern in Empfang genommen. Diese schlagen dann brutal auf die Tiere ein.**

Eigentlich glaubten wir alle, dass sich nach den Schlachthof-Skandalen von 2013 die Situation verbessert hätte, doch der Tierschutzbund Zürich präsentierte seine neusten heimlichen Filmaufnahmen von Pferde-Schlachthöfen in Argentinien und Uruguay, in der Sendung «Kassensturz» vom 22. Februar 2018. Somit hat sich seither nichts geändert.

Noch immer liegen oder stehen halbtote, verletzte und misshandelte Pferde, die wochenlang auf ihren Tod warten, auf den Koppeln vor den Schlachthöfen.

Nur für die Schweizer Feinschmecker werden jährlich rund 18'000 Pferde geopfert und getötet. Wollen wir Konsumenten vor diesen Gräueln wirklich die Augen verschliessen und uns solches Qualfleisch schmecken lassen? Auch an der Natur wird weiterhin Raubbau betrieben.

In Brasilien rodet man vermehrt Regenwald, um neue Viehweiden zu gewinnen. Davon profitieren nur die südamerikanischen Grossgrundbesitzer, Importeure und Händler, während die dortigen Bauern beinahe nichts verdienen.

Zudem darf man den Transport der gefrorenen Fleischstücke nicht vergessen. **Die langen Fahrdistancen belasten die Umwelt immens.**

Noch mehr Freihandel?!

Bundesrat Schneider-Ammann ist überzeugt, dass sich ein Freihandelsabkommen positiv auf die Schweizer Wirtschaft auswirken würde. Er will sich beeilen, zumal es der EU vor der EFTA (Norwegen, Island, Liechtenstein und die Schweiz) gelingen könnte, einen Freihandelsvertrag mit dem Mercosur-Verband auszuhandeln. Seiner Meinung nach hätte dann die Schweizer Industrie das Nachsehen! Unser Wirtschaftsminister möchte noch weitere Freihandelsverträge abschliessen, vorerst mit

den Philippinen. Dabei soll billiges Palmöl importiert werden und zwar unabhängig davon, dass man dadurch noch mehr Regenwald zerstört, wodurch viele Tiere (beispielsweise Affen) ihren Lebensraum verlieren und sterben. Die Umweltverbände wehren sich dagegen und die Schweizer Bauern fürchten sich zu Recht vor übermächtiger Konkurrenz. **Produkte aus hiesiger Landwirtschaft wie Raps oder Sonnenblumenöl würden gnadenlos verdrängt.**

Am 4. Juni 2018 wies der Nationalrat die Gesamtschau zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik mit 108 zu 74 Stimmen bei 7 Enthaltungen an den Bundesrat zurück.

Landwirtschaftsminister Schneider-Ammann nahm die Niederlage gelassen hin. Er erinnerte jedoch daran, dass der Wohlstand der Schweiz vom Erfolg der Exporte abhängt und neue Freihandelsabkommen im Agrarbereich ohne Abstriche nicht möglich seien.

Nachhaltigkeit dank einheimischen Produkten

Bundesrat Johann Schneider-Ammann glaubt tatsächlich, er erweise uns mit seinen Freihandelsverträgen einen guten Dienst. Nicht genug, dass er mit China und Indien bereits solche Verträge abgeschlossen hat, es sollen aber noch weitere folgen, demnächst mit Malaysia. **Doch seine Pläne sind einseitig auf rücksichtsloses Exportwachstum ausgerichtet und dienen hauptsächlich den internationalen Konzernen.** Wir Schweizer Demokraten wollen keine Freihandelsverträge mit Schwellenländern, die uns mit Lebensmitteln überschwemmen, welche zwar um ein Mehrfaches billiger, aber gentechnisch verändert und hormonverseucht sind sowie tierquälerisch erzeugt wurden und eine schlechtere Qualität als unsere einheimischen Produkte aufweisen.

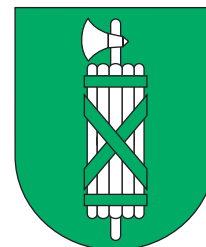
Allerdings sollten sich unsere Landwirte stärker bemühen, nachhaltiger und ökologischer zu produzieren! Wir möchten gesunde einheimische Lebensmittel konsumieren, die auch das Tierwohl berücksichtigen.

Margrit Neukomm,
Zentralwizpräsidentin, Bern

Nur die Selbstbestimmungsinitiative garantiert die zukünftige ganzheitliche Umsetzung von Volksentscheiden!



1.-August-Feier 2018 der Schweizer Demokraten



**Die diesjährige 1.-August-Feier findet statt
oberhalb des Walensees im Restaurant Sonne, Dorfstrasse 36, Amden (SG)**

Programm:

- ab 10.00 Uhr **Apéro, offeriert von der SD Sektion St. Gallen**
 11.00 Uhr **Gemeinsames Singen der Nationalhymne «Rufst Du mein Vaterland»**
Begrüssung durch Roland Uhler, Präsident SD St. Gallen, St. Gallen
- 11.15 Uhr **Referat zur Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle»**
 12.00 Uhr **Mittagessen – Menüwahl siehe unten**
 13.30 Uhr **Begrüssung und Kurzansprache in französischer Sprache durch Michel Dupont, Co-Zentralpräsident, Pully**
 14.00 Uhr **Hauptansprache zum Nationalfeiertag. Referent: Adrian Pulver, SD-Zentralsekretär, Bern**
- 15.15 Uhr **Gemeinsames Singen der Nationalhymne «Trittst im Morgenrot daher»**
 ca. 15.30 Uhr **Ende der Veranstaltung**

Wichtig: Aus organisatorischen Gründen ist eine Anmeldung erwünscht.
Dieser Anlass wird bei jeder Witterung durchgeführt.

Anfahrt: Die Anreise **mit dem Zug** ist problemlos. Ab Bern, Zürich, Basel, Luzern oder St. Gallen bis Ziegelbrücke, dann umsteigen auf die Buslinie 650 (angeschrieben mit Arvenbüel, Arven oder Amden, Vorderdorf – direkt beim Bahnhof, Station Bahnhof Süd) bis Amden (Station „Amden Dorf“). Die Fahrzeit dauert ca. 25 Minuten. Danach von der Haltestelle zu Fuss 100 Meter dorfaufwärts bis zum Restaurant (rechte Strassenseite). In der Nähe hat es auch einen Kinderspielplatz.

Mit dem Auto von Bern, Zürich, Basel, Luzern oder St. Gallen die Ausfahrt Bilten benützen. Danach Richtung Ziegelbrücke und Weesen bis nach Amden zum Dorfzentrum. Schliesslich auf der Hauptstrasse verbleiben und 100 Meter dorfaufwärts bis zum Restaurant (rechte Strassenseite) fahren.

Für dringende Rückfragen zur SD-Feier: Telefon 031 974 20 10 (Zentralsekretariat), 079 639 06 07 (Natel Roland Uhler, Präsident SD St. Gallen, jeweils abends) oder 078 720 71 11 (Natel Evelyn Küffer).

----- 

Ich/Wir nehmen an der 1.-August-Feier teil (Ja/Nein) Anzahl Personen

Vorname Nachname

Telefonnummer / E-Mail

Ich/Wir wünschen folgendes Menü: Anzahl Menü 1 Anzahl Menü 2 Anzahl Menü 3 (Menüs siehe unten)

Ort und Datum Unterschrift

Menü 1 (Fleisch)

Flädli-
suppe
Schweinsgnetzeltes
an Rahmsauce mit Butternudeln
und Gemüse garnitur
Fruchtsalat

Menüpreis CHF 31.– pro Person

Menü 2 (Fleisch)

Gemüsesuppe
Rindsbraten
mit Kartoffelstock
und Gemüse garnitur
«Mini Maison»

Menüpreis CHF 31.– pro Person

Menü 3 (Vegi)

Gemüsesuppe
Parmesanrisotto

Dessert

Menüpreis CHF 28.– pro Person

Bitte melden Sie sich bis spätestens am 25. Juli unter der Telefonnummer 079 639 06 07 (Natel Roland Uhler) oder stellen Sie den ausgefüllten Talon per Post an SD, Sektion St. Gallen, Postfach 2011, 9001 St. Gallen zu. Möglich ist auch eine E-Mail-Nachricht an roland.uhler@gmx.ch

Die Schweizer Globalisten

In Europa und der Schweiz hat sich in den letzten Jahren eine spezielle Form des Globalismus gebildet. Folgende Merkmale können beim Globalisten beobachtet werden:

– Der Globalist ist gierig. Er will sowohl das eigene als auch fremde Völker ausbeuten.

– Er ist für den vorherrschenden Wachstumswahn massgebend verantwortlich. **Nach seinen Theorien muss die Wirtschaft permanent wachsen, ansonsten angeblich Armut entstehen kann.** Er orientiert sich stur an volkswirtschaftlichen Kennzahlen. Nimmt das Bruttosozialprodukt nicht zu, so ist das für ihn eine Katastrophe. **Wie unsinnig dies ist, versteht er nicht.**

– Er ist stets global orientiert. Weder das eigene noch fremde Völker bedeuten ihm etwas.

– Bezüglich Landesgrenzen gibt es für ihn lediglich Schwarz und Weiss. Entweder hat ein Land vollumfänglich offene oder aber voll-



Eine globalistische Politik verlangt unbeschränkt nach Wachstum und somit auch Zuwanderung. Dabei wird ignoriert, dass dieses endlose Bevölkerungswachstum unsere Umwelt nachhaltig zerstört.

ständig verschlossene Grenzen.

– Er versteht nicht, dass eine unbegrenzte Zuwanderung zwangsläufig zu einer Überbevölkerung führt. **Immer mehr Menschen in einem beschränkten Territorium**

wirken sich ausserdem negativ auf die Umwelt aus.

– Die ökonomischen Theorien der Globalisten lernt man an den Universitäten. Der Geist sowie der Intellekt des Globalisten sind kom-

plett realitätsfremd. Was ein Durchschnittsmensch versteht, begreift er nicht mehr. Er lebt somit quasi in einer Fantasiewelt.

– Ein Globalist möchte nicht zu intelligent sein. **Er fördert in seinen Unternehmungen absichtlich Leute, die bestenfalls über einen mittelmässigen Intellekt verfügen.** Nicht ein guter Charakter, sondern eher Eigenschaften wie beispielsweise Geldgier sind entscheidend.

– Der Globalist steht zur Europäischen Union (EU). **Die zerstörerische Kraft der EU kann er nicht feststellen.** Überhaupt ignoriert er sämtliche Nachteile.

Letztlich ist mein Eindruck, dass die heutige westliche Form des Globalismus primär über destruktive Elemente verfügt und deshalb keineswegs als nachhaltig bezeichnet werden darf.

Walter Huber, Basel

Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»:

Bundesrat schlägt untauglichen Gegenvorschlag vor

Vorerst konnte man erwartungsvoll hoffen, dass der Bundesrat die Notwendigkeit dieses Anliegens erkennt. Tatsächlich schlägt er einen indirekten Gegenvorschlag vor und eröffnet dazu ein Vernehmlassungsverfahren. Die Lösungsansätze ersetzen jedoch den ursprünglichen Initiativtext keineswegs. **Vielmehr will man einem Verbot ausweichen und somit quasi den Status quo aufrechterhalten.**

Nur wenn die Verhüllung im öffentlichen Raum ausnahmslos untersagt ist, können die muslimischen Frauen vor dem Verschleierungszwang genügend geschützt werden.

Andererseits traut sich mit Bestimmtheit kaum jemals eine Ehefrau, rechtlich gegen den eigenen Partner vorzugehen. In seiner falschen Toleranz verkennt der Bundesrat den eigentlichen Kern der Thematik. Die Vollverschleierung ist Bestandteil einer archaischen religiös begründeten Kultur und steht im krassen Widerspruch zur grundsätzlich liberalen Schweizer Bundesverfassung.



In einem Land mit verfassungsmässig festgeschriebener Gleichstellung hat die muslimische Verschleierung keinen Platz.

Konkret wird dabei die formulierte Gleichstellung von Mann und Frau verletzt, was genauso für reiche arabische Touristinnen gilt. Daher hat für die Schweizer Demo-

kraten (SD) Priorität, jetzt endlich eine nationale Regelung festzulegen.

*Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern*

Pilotprojekt Akku-Tram

Das Tramprojekt Bern-Ostermündigen wurde im März bei einer kantonalen Volksabstimmung angenommen. Umstritten waren die Kosten, dies vor allem wegen der Alleebäume, welche zugunsten der neu zu erstellenden Fahrleitungsmasten abgeholzt werden müssten. Würde man, wie bereits in ausländischen Städten, **fahrleitungsfreie durch Akkus angetriebene (beispielsweise auf den Dächern der Fahrzeuge) Strassenbahnlinien bauen, so wäre das für die Schweiz ein Novum und ein sensationelles Pilotprojekt.**

Gebaut werden müsste nur der Geleisekörper. Die Alleebäume blieben unversehrt und könnten sich weiterhin in ihrer vollen Pracht entfalten!

Durch eine Tramlinie ohne Fahrdrähte – das Kupfer und die Masten sind teuer – kann sehr viel Geld eingespart werden. Bei einem Sturm oder Unfall würden keine Fahrdrähte und Masten mehr beschädigt oder heruntergerissen. Die heutige Akku-Technik lässt es zu, dass an den beiden Endhaltestellen die Akkus wieder nachgeladen werden können. Alles spricht für das erste Akku-Tram der Schweiz!

*Marcus Stoercklé jun.,
Basel*

Transparenz bei der Information über Kriminaldelikte hat Priorität. Daher sollte die Nationalität eines Täters immer genannt werden.



Avantages et limites de l'accord de Dublin

Nous connaissons le principe de base de l'accord de Dublin¹⁾: Il s'agit de la règle du «pays de premier asile». Ce principe oblige un migrant qui arrive sur l'Espace Dublin à demander l'asile au premier État sur le territoire duquel il met les pieds, tout comme l'État en question est tenu d'enregistrer le requérant, en particulier de recueillir ses empreintes digitales. En pratique, les pays d'arrivée seront le plus souvent la Grèce, Malte, l'Espagne ou, surtout, l'Italie. **Il tombe sous le sens que ces États méditerranéens sont spécialement frappés par les vagues migratoires en raison de leur situation géographique.**

C'est ce qui a conduit l'Italie, en juin 2018, à refuser de laisser accoster un navire affrété par une organisation «humanitaire» travaillant pour les migrants.

L'application de l'accord de Dublin a en outre suscité un désaccord entre les deux partis gouvernementaux conservateurs allemands (CDU et CSU).

Pour la Suisse, les dernières statistiques mensuelles disponibles sont celles de mai 2018: selon un communiqué du 12 juin dernier, sur 2341 demandes d'asile traitées en première instance, 448 ont abouti à une décision de non-entrée en matière (dont 395 sur la base de l'accord de Dublin), 614 à l'octroi de l'asile et 709 à l'admission provisoire.

Toujours en mai 2018, 568 personnes ont quitté le pays sous le contrôle des autorités. La Suisse a demandé à d'autres États Dublin de prendre en charge 591 requérants, dont 149 ont été transférés. **Pour sa part, elle a reçu 561 demandes de prise en charge émanant d'autres États Dublin; 112 personnes ont été transférées sur son territoire. C'est ce que l'on appelle les «procédures de réadmission».**

L'accord de Dublin est ainsi à l'origine de la majorité des décisions de non-entrée en matière (395 sur 448). **Quant au solde des départs et des arrivées, le bilan de l'accord est légèrement favorable (149 migrants contre 112, donc 37 individus indésirables de moins sur un mois). Cela doit être salué.**

Puisque notre pays n'a pas de frontière à la périphérie de l'Espace Dublin, on doit cependant se demander pourquoi, en un mois seulement, 112 (!) personnes ont été

transférées sur son territoire (donc en provenance d'autres États Dublin). Ce d'autant que cette situation perdure depuis des années. **Le problème est que le principe du «pays de premier asile» connaît hélas des exceptions.**

L'une d'elles favorise les migrants qui ont des membres de leur famille dans un autre État de l'Espace Dublin; ils peuvent alors demander l'asile dans cet État plutôt que dans celui sur le territoire duquel ils sont arrivés. De cette manière, l'asile fait «tache d'huile».

Plus il y a de requérants dans un État (non périphérique) donné, plus d'autres requérants pourront les rejoindre au bénéfice de ce «regroupement familial». Et ainsi de suite. Ce qui est évidemment plus facile encore si le migrant n'a pas de papiers d'identité.

Une autre exception concerne la durée d'un séjour illégal. Un requérant débouté ne peut en effet, sauf diverses exceptions, être retenu en détention administrative pour plus de six mois, délai dans lequel il doit être transféré à l'État ayant admis être responsable de son cas (le plus souvent, ce sera l'Italie); après, l'étranger doit en principe être libéré et peut formuler sa demande d'asile en Suisse. Or, on sait que l'administration italienne est submergée.

Plus encore, certains migrants ne sont tout bonnement pas enregistrés – en violation du droit international. Il faut donc empêcher ces individus d'entrer en Suisse. Une fois notre frontière franchie, il est souvent trop tard.

Ce d'autant que le lobby de l'asile est influent et organisé. A Lausanne, par exemple, une organisation dénommée «Collectif R» (qui avait un temps réussi à attirer l'attention sur elle en occupant l'église réformée de Saint-Laurent, au centre-ville) est très active dans l'encadrement des migrants illégaux, ce qui favorise et prolonge leur séjour. Les milieux de l'asile ont même obtenu que le Grand Conseil vote une résolution demandant la diminution des renvois vers l'Italie²⁾ – donc que le Conseil d'État renonce en partie à l'application de l'accord de Dublin, pourtant démocratiquement accepté en votation populaire conformé-

ment aux recommandations de vote de tous les partis gouvernementaux sauf l'UDC. Le «Collectif R» annonce fièrement que certains de ses clients ont obtenu le permis F, voire le permis B. **A force de faire durer la situation, un séjour illégal peut ainsi aboutir à un statut légal.** C'est tout bonnement scandaleux, vu le nombre d'étrangers dans le canton de Vaud – et la criminalité, la pénurie de logements, le chômage, la pollution et les tensions sociales que ces gens occasionnent. **La complicité de séjour illégal est pourtant réprimée par la loi. A quand des poursuites pénales?**

La situation est cependant plus alarmante encore. Car les statistiques officielles ne révèlent pas tout, même si elles ne sont évidemment pas mensongères. **Le problème est qu'elles ne reflètent que l'état d'avancement des dossiers au sein de l'administration, ce qui ne correspond pas à la réalité matérielle.** Jugez plutôt: pour ne citer qu'un exemple, sur les 649 requérants déboutés qui ont été confiés au centre de renvoi d'Embrach (ZH) depuis son ouverture en mars 2017, 500 sont partis, dont 309 (!) sans être contrôlés. **«Personne ne sait où ils se trouvent» annonce 20 Minutes (éd. du 14 juin 2018).**

En d'autres termes, il y a 309 déboutés (donc des individus indignes de l'asile, ce qui n'est pas peu dire compte tenu du taux d'admission scandaleusement élevé pratiqué par la Suisse) dont les autorités avouent ne plus rien savoir.

Donc, 309 individus en mesure de trafiquer, de cambrioler, de voler, de violer. En Suisse aussi bien que dans tout l'Espace Schengen. Tant il est vrai que les frontières sont désormais ouvertes. Mais, du point de vue administratif, tout va bien, puisque ces dossiers sont clôturés. **Il aurait pourtant été si simple d'enfermer ces gens jusqu'à leur renvoi.** Bref, le plus important dans les statistiques officielles, c'est souvent ce qu'elles ne disent pas.

Cette immigration illégale est canalisée par des organisations criminelles. Des intérêts économiques gigantesques sont en jeu. L'État doit donc agir avec toute la rigueur nécessaire. **En appliquant les lois démocratiquement votées (et ac-**

ceptées en votations populaires), au premier rang desquelles la loi sur l'asile et celle sur les étrangers. Comme il le fait dans ses autres domaines d'activité. Y compris pour des peccadilles. Par exemple, en cas d'oubli d'une amende pour parcage interdit dont la facture s'est égarée parmi les paiements de fin de mois.

Pourquoi donc ces privilèges en faveur de migrants coupables d'infractions graves? Pourquoi mettre à mal nos traditions démocratiques et les principes de l'État de droit?

Car il faut le rappeler: Un État qui, au mépris du droit, laisse des criminels et autres indésirables étrangers s'implanter sur son territoire viole le consensus minimal entre gouvernants et gouvernés. **Ce qui porte atteinte à la notion même de la légalité.** Sans parler des dégâts infligés à la cohésion sociale.

Tout cela ne profite qu'à une minorité de profiteurs d'une économie qui réclame toujours plus de main d'œuvre – pour faire pression sur les salaires et les conditions de travail.

Comme nous l'avions relevé il y a trois ans déjà³⁾, seul l'engagement de l'armée à la frontière tessinoise peut régler le problème. **Le Corps des gardes-frontières ne dispose en effet pas des moyens suffisants pour remplir pleinement sa mission et il n'y a aucune volonté politique de remédier à cette situation.** Ces problèmes sont d'une gravité extrême depuis des décennies. **Notre parti est le seul à avoir toujours eu une position conséquente quant aux abus du droit d'asile.** Les faits continuent à lui donner raison.

*Pierre-Maurice Vernay,
secrétaire des DS Vaud,
Le Bouveret*

¹⁾ Les accords de Schengen-Dublin (qui sont indissociables) ont été signés le 26 octobre 2004 et acceptés en votation populaire le 5 juin 2005, confirmée le 17 mai 2009 («développement de l'acquis de Schengen» en matière de documents d'identité). Ils sont en vigueur depuis le 12 décembre 2008 et ont été modifiés depuis lors, le 26 juin 2013 («Règlement Dublin III»).

²⁾ Résolution Serge Melly et consorts, adoptée le 12 mai 2015 par 68 voix contre 57 et deux abstentions, à l'appel nominal.

³⁾ Schweizer Demokrat – Le Démocrate Suisse, 7/8 2015.

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10

Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach
3001 Bern

Redaktoren:
Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Nottwil
Margrit Neukomm, Bern

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum
Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Nationalrat gegen Zersiedelungsinitiative:

Verbetonierung soll weitergehen

Die Schweizer Demokraten (SD) sind empört über die ablehnende Haltung des Nationalrats zur Zersiedelungsinitiative. Nur eine Begrenzung der Bauzonen auf dem heutigen Stand kann das Kulturland und die Naherholungsgebiete der Menschen und Tiere ausreichend schützen. Alle übrigen Massnahmen, welche bereits beschlossen oder bisher diskutiert wurden, erzielen lediglich eine abgeschwächte Wirkung. **In der Debatte kamen die Grünliberalen so-**

wie teilweise die SP von ihrem grünen Weg ab und zogen eine wachstumsorientierte Politik dem konsequenten Umweltschutz vor.

Die SVP sprach unverändert von Beschränkung der Zuwanderung. Es wäre glaubwürdiger, damit aufzuhören, zumal die Volkspartei nicht nur die Verbetonierung vorantreibt, sondern genauso einer Überbevölkerung positiv gegenübersteht (Nein-Parole zur Ecopop-Initiative).

Für die SD gehören die Eindämmung des Bevölkerungswachstums und der Schutz der Landreserven miteinander verbunden. Eine restriktive Zuwanderungspolitik macht ohne Verzicht auf neue Einzonungen keinen Sinn.

Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern

Nationalrat gegen Hornkuh-Initiative:

Votum zulasten des Tierschutzes

Die Schweizer Demokraten (SD) sind enttäuscht, dass sich nun auch der Nationalrat gegen die Volksinitiative «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)» ausspricht. Auf einen entsprechenden Gegenvorschlag wurde ebenfalls verzichtet. **Die Enthornung der Kühe stellt eine bestialische Tierquälerei dar, zumal das durch den Ver-**

dauungsprozess entstehende Methangas über die Hörner abgebaut und umgewandelt wird. Ansonsten verbleiben die Gase in der Stirnhöhle, **verformen den Schädel und verursachen chronische Schmerzen. Zudem ist die Milch von horntragenden Tieren gehaltvoller und enthält weniger Allergene.** Mit der geforderten finanziellen Entschädigung lassen sich somit die

wertvollen und beliebten Demeter-Produkte fördern. Letztlich stärkt das Initiativbegehren die nachhaltige einheimische Landwirtschaft, was insbesondere den ländlichen Randregionen zugutekommt.

Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern

Die Schweizer Demokraten (SD) sind erfreut, dass die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» mit weit über 100'000 Unterschriften eingereicht wurde. Die SD hatten das Volksbegehren im Sammelstadium aktiv unterstützt.



Schweizer Demokraten (SD) laden ein

Die diesjährige 1.-August-Feier findet im Restaurant Sonne in Amden im Kanton St. Gallen statt. Wir freuen uns, auch Sie begrüssen zu dürfen (sämtliche Informationen auf Seite 5).



Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat! Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die **SCHWEIZER DEMOKRATEN** in Ihrem Testament zu berücksichtigen? Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung? Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:

Schweizer Demokraten SD, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 974 20 10, schweizer-demokraten@bluewin.ch
Sie können sich auch an folgende Person wenden: Rudolf Keller, Adlerfeldstr. 29, 4402 Frenkendorf, rudolf.keller@bluewin.ch